
Newsletter 2/2006 · 7.3.2006

Wir kommunizieren Innovation

||||| Inhalt:

1. Gastbeiträge:
Mit E-Government weniger Bürokratie und mehr Wachstum: Bürokratieabbau fängt bei uns selbst an

Erläuterungen zum Aufbau und zur Nutzung einer Clearingstelle in NRW
2. Schwerpunkt: elektronische Kommunikation
3. Neues aus der Kommunalverwaltung
4. Neues vom Bund und den Bundesländern
5. Neues aus der Europäischen Union
6. Veranstaltungen
7. Ausblick Newsletter 3/2006

Newsletter 2/2006 · 7.3.2006



Sehr geehrte Damen und Herren,

im aktuellen Newsletter präsentieren wir Ihnen zwei Gastbeiträge.

*Der erste widmet sich der Frage von E-Government und Bürokratieabbau,
der zweite beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Nutzung einer Clearingstelle
in NRW.*

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Team vom Informationsbüro d-NRW

I. Gastbeiträge

Mit E-Government weniger Bürokratie und mehr Wachstum: Bürokratieabbau fängt bei uns selbst an

Von Franz-Reinhard Habel, Berlin (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der neuen Bundesregierung ist der Abbau von Bürokratie. Der Koalitionsvertrag enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Reduzierung von Vorschriften. Im Kanzleramt soll ein Normenkontrollrat eingerichtet werden, der künftige Regelungen hinsichtlich ihrer bürokratischen Auswirkungen auf die Unternehmen vorab überprüfen soll. Ziel der Regierung ist es, mehr Freiräume für Bürger und Unternehmen zu schaffen.

Der Koalitionsvertrag enthält unter der Rubrik „Moderner Staat – effiziente Verwaltung“ zwei entscheidende Sätze: „Deshalb werden wir den mit „Deutschland Online“ begonnenen Weg fortsetzen und staatliche Zusammenarbeit auf der Basis der Informationstechnologie (IT) neu ordnen, um damit gezielt Bürokratiekosten zu reduzieren. Das Datenschutzrecht bedarf vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung der Überprüfung und an verschiedenen Stellen der Überarbeitung und Fortentwicklung“. Diese beiden Sätze enthalten genug Sprengstoff, die Silostruktur der Verwaltung abzuschaffen und durch eine Netzwerkstruktur zu ersetzen.

In der Tat: Deutschland ist überreguliert. Auf Bundes- und Länderebene gibt es mehr als 5.000 Gesetze mit über 80.000 Einzelbestimmungen. Tag für Tag kommen neue Vorschriften hinzu. Statistik- und Meldepflichten für Unternehmen sind bis in kleinste Detail geregelt. Wirtschaftsverbände schätzen die Kosten von Bürokratie auf rund 42 Mrd. Euro jährlich.

Noch immer dauert die Anmeldung eines Gewerbes in Deutschland nach einer Studie der Weltbank durchschnittlich 45 Tage. Andere Staaten wie Finnland und Norwegen brauchen weniger als eine Woche. Und vor wenigen Tagen kündigte der Wirtschaftsminister von Portugal auf einer Konferenz in Lissabon die Gewerbeanmeldung in „einer Stunde an einer Stelle an“. In Deutschland haben weder Politik noch Verwaltung hier überhaupt ein Ziel gesetzt!

Die Erhebung der Steuern verursacht in der Wirtschaft und in der Verwaltung Kosten von jährlich 25 Mrd. Euro. Würde man alle Oberfinanzdirektionen auf den Stand der wirtschaftlichsten OFD bringen, brächte das allein eine Einsparung von jährlich 5 Mrd. Euro. Die für das Jahr 2008 anstehende Reform der Unternehmenssteuer muss das Steuerrecht und die Steuerverwaltung radikal vereinfachen. Die Verwaltung der Renten kostet 4 Mrd. Euro. Die Verwaltung des Kindergeldes schlägt mit 300 Millionen Euro zu Buche. Das Land Bayern hat gerade einen 27-seitigen Erlass über das Einziehen des Büchergeldes durch Lehrkräfte herausgegeben, in dem haargenau beschrieben ist, wie die Briefumschläge auszusehen haben, in denen das Geld einzusammeln ist. Immer noch wird eGovernment überwiegend als Elektrifizierung der bestehenden Verwaltung betrachtet, nicht aber als Wachstumstreiber oder Instrument zur Entbürokratisierung. Beispiel: Um im Vergabeverfahren künftig Unterlagen wie den Nachweis der Unternehmensrechtsform schneller beibringen zu können, wurden seitens des Bundes ein internetgestütztes Präqualifikationsverfahren für Auftragsvergaben im Baubereich eingeführt. Dies gut gemeinte und sicherlich auch sinnvolle Verfahren ermöglicht die elektronische Abwicklung der Vorlagepflichten. Besser wäre es aber gewesen, durch eine grundlegende Reform des Vergabewesen die mehr als ein Dutzend erforderlichen Nachweispflichten deutlich zu reduzieren bzw. abzuschaffen.

Ein radikaler Umbau der Verwaltungsstrukturen, wie ihn beispielsweise Tony Blair Ende 2005 mit seinem Papier „Transformational Government“ aufgezeichnet hat, ist in Deutschland noch nicht einmal in Ansätzen auf der Tagesordnung. Blair will künftig die administrativen Aufgaben der Verwaltung auf der Basis von Shared-Service in einem Netzverbund abwickeln, damit Kosten einsparen und die Qualität verbessern.

In Deutschland ist die Modernisierung der Verwaltung überwiegend ein Thema der Verwaltung und nicht der Politik. Das muss anders werden. Die große Koalition hat hier gute Chancen. Voraussetzung ist aber, dass die Politik das Gestaltungspotenzial der IT-gestützten Verwaltungsmodernisierung für die Neuordnung des Staates erkennt und es z.B. in die Föderalismusreform II einbringt. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von Kommunen, Bundesländern, nationalen Regierungen und der EU.

Der öffentliche Dienstleistungssektor kann nur mit der sich stetig wandelnden globalisierten Gesellschaft mithalten, wenn die Einführung neuer Technologien die behördliche Tätigkeit anpassungsfähig hält (embedded Government). So ist es zum Beispiel notwendig, dass alle Möglichkeiten des Reportings über die Kosten von Geschäftsprozessen in der Verwaltung ausgeschöpft und die Daten konsequent der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Doppik sind dabei die wichtigsten Instrumente auf dem Weg zu mehr Transparenz.

Deutschland-Online muss zu einem verbindlichen Aktionsplan weiterentwickelt werden. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre administrativen Aufgaben sharen und in sog. Kompetenzcentern bündeln. Die Politik muss die Frage aufgreifen und beantworten, was sind künftig die Kernaufgaben der Verwaltung, was kann die Wirtschaft und was kann die Zivilgesellschaft tun? Solange diese zentrale Frage und die damit verbundene Aufgabenkritik nicht beantwortet bzw. umgesetzt werden, bleiben alle Reformen Stückwerk. Der Aktionsplan Deutschland-Online ist Chefsache und muss von der Bundeskanzlerin zum Thema gemacht werden. Wir brauchen klare Ziele.

Fast alle Bundesregierungen haben das Thema Bürokratieabbau auf der Agenda gehabt. Die Aktenschränke sind voll mit Gutachten von Experten. Umgesetzt wurde wenig. Warum ist das so? Ist die Politik daran schuld oder liegt es nicht an der Mentalität der Deutschen immer dann, wenn etwas passiert nach mehr Vorschriften zu rufen? Haben wir nicht unsere Eigenverantwortung in den vergangenen Jahren immer stärker an den Staat abgeben? Sind wir nicht froh, wenn Vater Staat für uns handelt, alles für uns tut und uns Sicherheit in allen Lebenslagen verschafft? Solange das Staatsverständnis eines überzogen fürsorgenden Staates weiter in unseren Köpfen existiert, wird es auch keinen echten Abbau von Bürokratie geben. Wir müssen uns von der Vollkasko-Mentalität verabschieden. Die ist unbezahlbar. Durch die Änderung gesetzlicher Vorschriften, wie zum Beispiel Haftungsfragen und Verkehrssicherungspflichten im BGB muss das Einfallstor für mehr Bürokratie durch die Rechtsprechung geschlossen werden. Wir selbst sind gefordert, nicht jedes Lebensrisiko dem Staat aufzubürden. Nicht die Politiker sind schuld, sondern wir Bürger selbst, wenn immer neue Vorschriften das kleinste Detail regeln.

Als Gegenleistung eines reduzierten Anspruchsdenken der Bürger muss der Staat sich stärker darauf ausrichten, den Einzelnen zu befähigen, selbstverantwortlich zu handeln, ihn zu unterstützen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, ihm alle Möglichkeiten optimaler Bildung und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen angeeignet zu lassen.

Ganz klar ist aber auch: Ohne Bürokratie kann kein Staat existieren. Gerade in einer globalen Wirtschaft zählen eine funktionsfähige Verwaltung und ein Rechtssystem neben modernen Infrastrukturen zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für Unternehmen. Aber: Der Staat darf mit seinen Vorschriften nicht Jahre oder gar Jahrzehnte hinter der Realität herlaufen.

Erläuterungen zum Aufbau und zur Nutzung einer Clearingstelle in NRW

Von Dr. Andreas Engel (Stadt Köln) und Stefan Schoenfelder (citeq Münster)

1. Elektronische Rückmeldung und Aufbau einer Clearingstelle für NRW

Nach den Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes des Bundes (MRRG) und der Ersten Bundesmelde-datenübermittlungsverordnung (1. BMeldDÜV) sind alle kommunalen Meldebehörden verpflichtet, ab dem 1.1.2007 Rückmeldungen nur noch in elektronischer Form durchzuführen. Um dafür gerüstet zu sein, haben die kommunalen IT-Dienstleister in der AKDN (Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister in NRW) bereits in 2005 damit begonnen, eine Infrastruktur zum sicheren elektronischen Datenaustausch aufzubauen. Diese Aufgabe wurde von den beiden kommunalen Rechenzentren citeq Münster, eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Münster, und Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), Zweckverband mit Sitz in Moers, übernommen. Unter dem Namen „DataClearing NRW“ haben sie eine zentrale Clearingstelle für Nordrhein-Westfalen eingerichtet, die alle notwendigen Dienste für die Abwicklung der elektronischen Rückmeldung sowie weitere Verwaltungsaufgaben bereithält. Im folgenden Beitrag werden die Rahmenbedingungen zum Anschluss an die elektronische Rückmeldung sowie die Nutzungsmöglichkeiten der zentralen Clearingstelle Data- Clearing NRW erläutert.

2. Generelle Anforderungen an eine zukunftssichere Clearingstellen-Infrastruktur

Der geforderte Datenaustausch zur elektronischen Rückmeldung im Meldewesen ist der erste bundesweite Dienst dieser Art. Doch schon jetzt ist erkennbar, dass vergleichbare Datenübermittlungsdienste in naher Zukunft hinzukommen werden. Deshalb wurden beim Aufbau einer Clearingstelle für NRW als zentrale Komponente einer allgemeinen Datenübermittlungsinfrastruktur folgende Anforderungen berücksichtigt:

1. Sicherheit und Standardkonformität

Das MRRG schreibt für die Datenübermittlung im Meldewesen die beiden Nachrichtenstandards OSCI-XMeld und OSCI-Transport vor. Das Meldegesetz NRW enthält aus Gründen der kommunalen Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Aufgabenerfüllung keine speziellen Regelungen zur Art und Weise der Datenübermittlungen. Doch auch für das Rückmeldeverfahren innerhalb des Landes sind nach dem Meldegesetz dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten (vgl. § 30 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 9 Abs. 2a Satz 2 MG NRW). Aus diesem Grund haben sich die kommunalen IT-Dienstleister entschieden, auch für die landesinterne Datenübermittlung zur elektronischen Rückmeldung die Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport zu verwenden. Die Bezeichnung „OSCI“ (Online Services Computer Interface) steht für eine Menge von Protokollen, durch die ein einheitliches Sicherheitsniveau gewährleistet wird. Insbesondere OSCI-Transport ermöglicht die sichere und vertrauliche Datenübermittlung mittels Signatur und Verschlüsselung. Auf der Basis von OSCI-Transport und OSCI-XMeld entsteht eine Sicherheitsinfrastruktur, die allen Anforderungen an eine sichere und rechtlich verbindliche Datenübermittlung genügt und den in der Verwaltung der Bundesrepublik gültigen Standards entspricht. Auch die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hat erst jüngst in einer Entschließung vom 15. Dezember 2005 zur Übermittlung personenbezogener Daten die Verwendung von OSCI ausdrücklich gefordert.

2. Dienste-Offenheit

Die aufgebaute OSCI-Infrastruktur kann für eine Vielzahl zukünftiger Datenübermittlungsdienste ohne zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur quasi wie eine Flatrate genutzt werden. Sie ist nicht auf die Nutzung zur elektronischen Rückmeldung beschränkt. DataClearing NRW bietet beispielsweise schon jetzt an, neben der elektronischen Rückmeldung auch die nach dem Krebsregistergesetz NRW vom 5. April 2005 geforderten Datenübermittlungen an die Kassenärztlichen Vereinigungen zum Zweck eines landesweiten Mammographie-Screenings und zur Führung eines Krebsregisters zu übernehmen. Auch die Meldungen an das Bundeszentralamt für Steuern im Rahmen der Vergabe des Steueridentifikationsmerkmals gem. § 139b AO können ab dem 1. Januar 2008 mit derselben Infrastruktur abgewickelt werden.

3. Hochverfügbarkeit

Die elektronische Rückmeldung und geplante Dienste wie die Datenübermittlung zur Steuer-Identifikationsnummer sind im hohen Maße verwaltungskritische Anwendungen. Datenverluste sind nicht tolerabel. Für die Datenübermittlung ist Rechtsverbindlichkeit sowie eine hohe Verfügbarkeit und Betriebssicherheit zu fordern. Daher wird die Clearingstelle im Zwei-Standorte-Betrieb hochverfügbar ausgelegt.

4. Skalierbarkeit

Die Lösung ist gleichermaßen für kleine, mittlere und große Kommunen geeignet. Sie ist zudem nicht nur für die Behörden-Behörden-Kommunikation konzipiert, sondern kann auch zur Behörden-Unternehmen- und Behörden-Bürger-Kommunikation genutzt werden.

5. Automatisierbarkeit und Flexibilität

Der Datenaustausch kann durchgängig automatisiert ablaufen. Es sind aber auch Datenlieferungen zu festgelegten Terminen und spontane Lieferungen möglich.

3. Technische Komponenten einer sicheren Datenübermittlungsinfrastruktur gemäß OSCI

Um einen sicheren und vollautomatisierten Datenaustausch auf der Basis von OSCI zu realisieren, ist erstmals bundesweit die dafür benötigte technische Infrastruktur aufzubauen. Diese Infrastruktur beinhaltet als zentrale Komponenten: 1. ein allgemeines Adressverzeichnis für die elektronische Kommunikation, das Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) 2. eine OSCI-Vermittlungsstelle (Intermediär) 3. OSCI-Schnittstellen bzw. Schnittstellensoftware zu den Einwohnerwesen als Fachanwendungen.



3.1. Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis

Das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) ist das elektronische Adress- und Dienstverzeichnis für die sichere Internetkommunikation. In ihm werden die erforderlichen IP-Adressen für die vollautomatisierte OSCI-Kommunikation zwischen elektronischen Verfahren (Maschine-Maschine-Kommunikation) in einem verwaltungsweit zugänglichen Verzeichnis abgelegt. Meldebehörden lassen im DVDV neben ihrer eigenen Adresse auch den bzgl. dieses Dienstes „zuständigen“ Intermediär eintragen. Das DVDV wird als zentraler Dienst vom Bundesverwaltungsamt in Köln betrieben. In einzelnen Bundesländern wird das Verzeichnis dupliziert, um den unterbrechungsfreien Zugriff bundesweit sicherzustellen (Replikationsserver). Zur Pflege der DVDV-Einträge ist für jedes Bundesland genau eine Stelle vorgesehen. In Übereinstimmung mit einem Beschluss der AKDN-Dezernentenkonferenz vom 30. November 2005 und mit Zustimmung des Innenministeriums des Landes NRW ist DataClearing NRW als Betreiber des Replikationsservers NRW und pflegende Stelle für das DVDV in NRW bestimmt worden. DataClearing NRW hat sich bereit erklärt, für die Erstbefüllung des DVDV in Vorleistung zu treten und bereits mit der Befüllung begonnen. Die Produktivsetzung des DVDV ist noch im ersten Quartal 2006 geplant. Die Kosten für die Pflege des DVDV betragen für Nutzer des von DataClearing NRW bereitgestellten Intermediärs 0,0018 Euro je Einwohner und Jahr. In diesen Kosten sind der Betrieb und die Pflege des DVDV-Replikationsservers sowie die Pflege der Einträge für die Kommunen in NRW nthalten. Der Betrag wird ab dem 1. Juli 2006 fällig.

3.2. OSCI-Vermittlungssoftware (Intermediär)

Der Datenaustausch zwischen einem Sender und einem Empfänger erfolgt nach dem OSCI-Standard zwingend über einen elektronischen Mittler (Intermediär). Derzeit gibt es drei Softwarelösungen für OSCIIntermediäre („Governikus“ der Fa. Bos, „curiaworld“ der Firma curiavant und die sogenannte Esslinger Bibliothek der MediaKomm Esslingen, Verein zur Förderung der Anwendung der digitalen Signatur e.V.). Auch Microsoft hat die Entwicklung und den Betrieb eines OSCI-Intermediärs angekündigt. Die kommunalen IT-Dienstleister in NRW haben sich mit überwiegender Mehrheit für das Produkt Governikus entschieden. Zahlreiche Gründe sprechen dafür, das Produkt Governikus der Fa. bos einzusetzen:

1. Die Intermediärsoftware Governikus ist aus dem Media@Komm-Projekt Bremen hervorgegangen und war die erste Implementierung des OSCI-Protokolls. Sie ist seit über fünf Jahren im Einsatz und verwendet die von der OSCI-Leitstelle bereitgestellte OSCI-Programmbibliothek. Andere Intermediärsysteme verwenden eigene Programmbibliotheken, sodass eine hundertprozentige OSCI-Konformität nicht gewährleistet ist. Als einzige Intermediär-Software befindet sich Governikus in einer Evaluation durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

2. Neben dem Bund haben sich 13 Bundesländer – einschließlich Nordrhein-Westfalen – für diese Softwarelösung entschieden. Insbesondere mit Blick auf eine möglichst einheitliche Sicherheits und Kommunikationsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist die Nutzung von Governikus auch für den kommunalen Bereich wünschenswert. Zudem hat das Land von 2004 bis 2006 die Lizenz- und Wartungskosten auch für den kommunalen Bereich übernommen, um den Aufbau von Kompetenzen und die Einführung auf der kommunalen Ebene zu fördern.

3. Durch die vertraglich garantierte Pflege und Wartung der Software „Governikus“ sowie die Steuerung der Produktentwicklung durch eine Lenkungsgruppe, in der die Hauptanwender (Bund, die nutzenden Länder und Kommunalbereiche) vertreten sind, ist auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und ein dauerhafter professioneller Support garantiert.



4. Hersteller kommunaler Fachverfahren realisieren OSCI-Implementierungen zunächst für den Intermediär des Marktführers. So sind die wichtigsten, in Nordrhein-Westfalen im Einsatz befindlichen Softwarelösungen für das Einwohnerwesen (Meso, OKEWO), bereits Governikus-kompatibel. Sie können über einen Governikus-Intermediär ohne Zusatzsoftware Daten sicher untereinander austauschen.

5. Die Performanz der Governikus-Software ist auch bei der Verarbeitung großer Datenmengen unter Beweis gestellt. Governikus ist beispielsweise bei der Deutschen Rentenversicherung mit einer Nutzungsintensität von bis zu 300.000 Nachrichten pro Tag im Einsatz. Da das Nachrichtenaufkommen im Meldewesen erheblich sein wird, ist eine performante Lösung essentiell.

6. Mit dem Bezug der Software „Governikus“ wird das Recht zur kostenfreien Nutzung weiterer Zusatzprodukte erworben. Mit der Clientsoftware „Govello“ lassen sich beliebige Daten per OSCI an beliebige Empfänger manuell übertragen. Eine Weiterentwicklung, Govello4Ewo, bietet gewisse Komfortverbesserungen für die Durchführung der Rückmeldungen (auf Knopfdruck werden Rückmeldedatensätze automatisiert aus dem Einwohnerverfahren exportiert bzw. Abmeldedatensätze in dieses importiert). Dies könnte vor allem eine geeignete Lösung für kleinere Kommunen mit einer geringen Anzahl von Transaktionen sein. In einer anderen Govello-Variante ist das vom Oberverwaltungsgericht Münster und dem Finanzgericht in Köln eingesetzte Elektronische Verwaltungs- und Gerichtspostfach (EVGP) realisiert worden. Kommunen in Nordrhein-Westfalen erhalten derzeit spezielle Angebote von IT-Dienstleistern innerhalb und außerhalb von NRW, die für die elektronische Rückmeldung alternative Intermediärdienste vorsehen. Bei einer größeren Verbreitung dieser Angebote würde die Einheitlichkeit der OSCI-Infrastruktur im Land aufgegeben. Da die Interoperabilität unterschiedlicher Intermediäre bei einer Weiterentwicklung des OSCI-Standards nicht garantiert ist, steht dann auch die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Kommunen untereinander und mit dem Land auf dem Spiel.

Hinzu kommt, dass die Weiterentwicklung dieser Intermediärdienste, die heute lizenz- und betriebskostenfrei angeboten werden, wegen fehlender vertraglicher Verpflichtungen für die Zukunft nicht gewährleistet ist. Schließlich bleibt der Betrieb des OSCI-Intermediärs Governikus durch DataClearing NRW in der öffentlichen Hand. So wird vermieden, dass personenbezogene Daten im Rahmen hoheitlicher Aufgaben über privat betriebene Vermittlungsstellen geschleust werden, was gegen die Entschließung der Datenschutzbeauftragten verstoßen würde. Die Entscheidung für Governikus als Intermediärsoftware ist deshalb – trotz der veranschlagten Wartungs- und Pflegekosten in Höhe von ca. 2,5 Cent pro Einwohner und Jahr – aus Gründen der OSCI-Konformität, der Verlässlichkeit und Zukunftssicherheit die aus heutiger Sicht wirtschaftlichste Entscheidung und anderen Angeboten vorzuziehen. Für den Betrieb des Governikus-Intermediärs stellt DataClearing NRW 2,6 Cent pro Einwohner und Jahr in Rechnung, sodass mit der Nutzungsberechtigung für DVDV ein Gesamtbetrag von ca. 5,3 Cent pro Einwohner und Jahr entsteht.

3.3. OSCI-Schnittstellen von Fachverfahren

Technische Voraussetzung zur Nutzung des Angebots von DataClearing NRW ist, dass die eingesetzten Einwohnerverfahren von ihren Herstellern „OSCI-fähig“ gemacht werden. Die wichtigsten Einwohnerverfahrens-Hersteller haben die OSCI-3Fähigkeit ihrer Produkte hergestellt oder dieses zumindest angekündigt (z.B. Meso, OK.EWO und zukünftig auch AKD-EWO = Duisburger Verfahren).

Für Kommunen, deren Einwohnerverfahren nicht (rechtzeitig) OSCI-fähig sind (bzw. werden), hält DataClearing NRW individuelle Zusatzangebote bereit, die zusätzlich zu beauftragen sind. Dazu gehören Datenübermittlungen zwischen Kommune und Clearingstelle auf Basis von TESTA oder der Einsatz halb- (Govello4Ewo) bzw. vollautomatisierter (ProGov) „OSCI-Mittlerprogramme“. Mit dem kostenpflichtigen Server ProGov der Fa.Procilon sind Rückmeldungen und sonstige OSCI-Datenaustausche auch in vollautomatisierter Form möglich. Vergleichbare Funktionen bietet eine von der Fa. Microsoft unter dem Namen „Clearingstellensoftware“ angekündigte Lösung, dessen Name irreführend ist, denn sie bietet keinen Ersatz für die Leistungen von DataClearing NRW oder vergleichbarer Clearingstellen. Alle halb- und vollautomatisierten Lösungen setzen zwingend einen Intermediär voraus, der von DataClearing NRW bereitgestellt wird.

4. Das Komplettangebot von DataClearing NRW

Mit dem Betrieb des NRW-Servers für das DeutscheVerwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) und dem Betrieb eines Governikus-Intermediärs für NRW stellt DataClearing NRW alle benötigten zentralen Komponenten für eine sichere Datenübermittlung im elektronischen Meldewesen bereit. Darüber hinaus kann die bereitgestellte Infrastruktur auch für zukünftige Datenübermittlungen auf OSCI-Basis quasi wie eine Flatrate für eGovernment-Anwendungen genutzt werden. Im Verbund der IT-Dienstleister in der AKDN besteht damit die einmalige Chance, eine einheitliche, OSCIbasierte Datenübermittlungsinfrastruktur in NRW zu etablieren. Wegen der Einzelheiten zum Anschluss des Einwohnerwesens an den durch DataClearing NRW bereitgestellten Dienst zur elektronischen Rückmeldung sollten sich interessierte Kommunen an ihren jeweiligen IT-Dienstleister wenden.



2. Schwerpunkt: elektronische Kommunikation

7.2.2006

Alle NRW-Kommunen auf einen Blick.

Online-Adressbuch liefert die wichtigsten Kontaktdaten

Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat nun alle Adressen der NRW-Gemeinden kompakt im Internet veröffentlicht. Über den neuen Service können Bürger nun einfach online nach den wichtigsten Kontaktdaten und Informationen recherchieren. Das Adressbuch ist ein top-aktueller Wegweiser zu den Adressen aller 427 Kommunalverwaltungen in Nordrhein-Westfalen.

Quelle: www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4457

Weitere Informationen: www.im.nrw.de/kommunaldatenbank

2.2.2006

Zivildienstbörse und Schutzkommission online

Die Zivildienstbörse ermöglicht Zivildienststellen ihre Zivildienstplätze im Internet zur Verfügung zu stellen. Die Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern berät die Bundesregierung ehrenamtlich in wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.schutzkommission.de>

Quelle: www.wmsbundonline.de

2.2.2006

März 2006: Migration der WMS-Inhalte auf die KBSt-Webseite

Zum Abschluss der Initiative BundOnline 2005 werden die Internetseiten des Wissensmanagementsystems der Initiative BundOnline (WMS) und die der KBSt (Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung) auf eine gemeinsame Plattform migriert. Ab März 2006 stehen Ihnen die kompletten und aktualisierten Inhalte des WMS auf www.kbst.bund.de zur Verfügung und werden weiterhin redaktionell betreut.

Quelle: www.wmsbundonline.de

Februar 2006

Zentrale Vergabepattform gestartet

Nach einer erfolgreich abgeschlossenen Pilotphase geht nun das deutsche Vergabernetz dvn.net an den Start und will so den Weg für einen einheitlichen eVergabe-Standard freimachen. Die Plattform steht allen offen, die an Ausschreibungs- und Vergabeverfahren beteiligt sind.

Quelle: Form Solutions

Weitere Informationen: <http://www.deutsches-vergabernetz.de/dvn.net/arbeiten-mit-dvn.net>

<http://www.deutsches-vergabernetz.de>

31.1.2006

Netzangebot weist den Weg durch die Gesundheit

Datenbank bietet umfangreiche Informationen für die Gesundheitsförderung bei FrauenDie Gesundheit der Frauen steht im Mittelpunkt eines neuen Webangebots der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus Köln. Zusammen mit dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) und internationalen Experten wurde eine Datenbank entwickelt, die einen Überblick über die zahlreichen Angebote zum Thema Frauengesundheit und Gesundheitsförderung im Internet bietet.

Quelle: www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4435

30.1.2006

Ruhrgebiet-Businessportraits im Internet. Kostenlose Präsentationen für Unternehmen

Der Regionalverband Ruhr (RVR) hat in Kooperation mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO eine Informations- und Kommunikationsplattform aufgebaut. Oberhausener Unternehmen können sich mit ihren eigenen Businessportraits in diese Firmendatenbank eintragen. Der Eintrag in die Datenbank ist kostenfrei und erfolgt online durch die Unternehmen selbst.

Quelle: www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4427

26.1.2006

Mehr Rechtsinformationen des Bundes – Innenministerium erweitert Online-Angebot um das Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat sein Online-Angebot um das Thema Verfassungs- und Verwaltungsrecht erweitert. In der Rubrik „Verfassungsrecht“ können sich die Bürgerinnen und Bürger jetzt beispielsweise über die Grundrechte, die Föderalismusreform sowie das Versammlungs- und Vereinsrecht informieren. Die Rubrik „Verwaltungsrecht“ bietet unter anderem Informationen zum neuen Informationsfreiheitsgesetz an.

Quelle: www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4420

17.1.2006

E-Steuern: Software der Finanzverwaltung zum Download

Für das Jahr 2005 steht ab sofort die Software der Finanzverwaltung für die elektronische Einkommenssteuererklärung als kostenloser Download zur Verfügung.

Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/68368>

3. Neues aus der Kommunalverwaltung

17.2.2006

GIS für Bürger und Wirtschaft im Kreis Giessen

Der Kreis Giessen bietet nun mit „WebGIS“ einen neuen Service. Dadurch bekommen Bürger, Unternehmen und Verwaltungen des Landkreises die Möglichkeit, schnell und leicht an raumbezogene Informationen zu kommen.

Quelle: www.lkgi.de

Weitere Informationen: <http://195.226.81.16/lkgigis/>

12.1.2006

LIKA-Auskunft für alle

Informationen aus dem Liegenschaftskataster der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sind jetzt auch für externe Nutzer online verfügbar. Über die LIKA-Auskunft können integrierte Liegenschaftsdaten im E-Commerce-Verfahren geordert werden. Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat Ende 2005 ihre neue LIKA-Auskunft im Internet offiziell freigeschaltet. Verwaltungsinternen Nutzern stand dieser Dienst bereits seit 1999 im Intranet zur Verfügung. Thomas Luckhardt, Leiter der verantwortlichen Abteilung Geo-Information, Vermessung, Wertermittlung, sagte: „Mit der LIKA-Auskunft bieten wir jetzt auch Nutzern außerhalb der Verwaltung die Möglichkeit, auf die Amtlichen Liegenschaftsdaten von ganz Berlin zuzugreifen. Neben der Verfügbarkeit sind die Sicherheit, die einfache Bedienbarkeit und die Kostentransparenz ganz entscheidend.“

Quelle: www.kommune21.de/meldung.php?id=5152n

4. Neues vom Bund und aus den Bundesländern

17.2.2006

Für Kommunen ist Breitbandversorgung ein Standortfaktor

Eine gemeinsame Dokumentation legen der Telecom-Branchenverband VATM und der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor. Diese präsentiert technische Alternativen für Gebiete ohne DSL-Versorgung.

Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/69667>

17.2.2006

Karlsruher Masterplan 2015 mit Online-Beteiligung

Das Team des Karlsruher Masterplans 2015 traf sich zur zweiten Runde. Dabei sollten die Ziele für die zukünftige Entwicklung der Stadt und die Maßnahmen für das Erreichen dieser Ziele besprochen werden. Alle Bürger von Karlsruhe waren aufgerufen, sich bis zum 3. Februar online zu beteiligen.

Quelle: www.karlsruhe.de

Weitere Informationen: http://www4.karlsruhe.de/rathaus/masterplan_2015/

16.2.2006

Baden-Württemberg suchte das InternetDorf: Preisträger bekannt gegeben

Die Preisträger der am 16. Februar stattgefundenen Preisverleihung sind bekannt. Neben dem Gesamtsieger wurden fünf weitere Preisträger in den Kategorien „Bester eBürgerservice“, „Beste Community“, „Bestes Webdesign“, „Beste Barrierefreiheit“ und „Innovation des Jahres“ ausgezeichnet.

Quelle: <http://www.internetdorf.de/>

Weitere Informationen:

http://www.internetdorf.de/Pressemitteilungen_05_06/pm_160206_preisverleihung_internetdorf.pdf

6.2.2006

Projekt „Moin!“ wird zu GovConnect GmbH

Aus dem Gemeinschaftsprojekt „Moin! – Meldewesen online“ wurde nun die GovConnect GmbH. Bereits heute soll eine Erteilung von Online-Melderegisterauskünften und ab 2007 die gesetzlich vorgeschriebene elektronische Ausführung von Rückmeldungen möglich sein.

Quelle: <http://www.govconnect.de/>

2.2.2006

Herausragende Internet-Angebote gesucht – Bewerbungsfrist für den Grimme Online Award läuft

Wikipedia, Spiegel Online und der Bildblog überzeugten im letzten Jahr durch ihre qualitativ hochwertigen Internet-Angebote und auch 2006 werden wieder herausragende publizistische Beiträge mit dem Grimme Online Award geehrt. Jetzt wurde der Wettbewerb gestartet, zu dem deutschsprachige Webseiten in den drei Kategorien „Information“, „Wissen und Bildung“ sowie „Kultur und Unterhaltung“ vorgeschlagen werden können.

Quelle: www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4443

Weitere Informationen: www.grimme-online-award.de/index_ie.htm

26.1.2006

Nutzen von E-Government-Investitionen

Die EU fördert das Forschungsprojekt PICTURE der Universität Münster. Das PICTURE-Konsortium, an dem auch die Firma SAP beteiligt ist, soll Instrumente zur Abschätzung der qualitativen, quantitativen und monetären Effekte von E-Government-Investitionen entwickeln. PICTURE ist ein auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt mit einem Volumen von knapp 3 Millionen Euro, das von der Europäischen Kommission gefördert wird. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird ein Werkzeug entwickelt, das öffentliche Verwaltungen in die Lage versetzen soll, den potenziellen Nutzen von Informationstechnologie im Vorfeld einer Investitionsentscheidung zu berechnen und so erfolgreiche Entscheidungen zu treffen. Um das zu erreichen, wird eine einfache Möglichkeit geschaffen, alle Geschäftsprozesse einer Verwaltung zu erfassen und mit bestimmten Technologien in eine Wirkungsbeziehung zu setzen.

Quelle: www.kommune21.de/meldung.php?id=5193n

23.1.2006

Aufruf zur Kooperation

E-Government ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Verwaltung und Wirtschaft. Dies sagte Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch auf einem Fachkongress in Berlin. Auf dem Fachkongress „Business to Government – Wirtschaft trifft Verwaltung“ diskutierten am 18. Januar 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin rund 170 Vertreter von Unternehmen sowie Bund, Länder und Kommunen über kooperative Formen für Verwaltungen und Wirtschaft bei E-Government. Georg Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, rief die Teilnehmer zu noch stärkerer Zusammenarbeit auf. In einer Podiumsdiskussion wurde die Rolle von E-Government als treibende Kraft für Wachstum, regionale Wirtschaftsförderung und für Verwaltungsmodernisierung betont.

Quelle: www.kommune21.de/meldung.php?id=5174n

19.1.2006

Datenzentrum in Rostock errechnet Steuern für vier Bundesländer

Mecklenburg-Vorpommerns Finanzstaatssekretär Jost Mediger bezeichnete das „Data Center Steuern“ (DCS) als eine bundesweit beispielhafte, länderübergreifende Zusammenarbeit.

Quelle: www.heise.de/newsticker/meldung/68501



5. Neues aus der Europäischen Union

21.2.2006

Deutschland braucht Bildung

NRW präsentiert sich mit E-Learning Angebot auf Europas größter Bildungsmesse

Quelle: <http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=4499>

20.2.2006

Im EU-Mittelfeld: Deutschland und die Breitbandversorgung

Mitgliedstaaten mit einer Breitbandversorgung von 15 Prozent und mehr verzeichnen einen lebhaften Infrastrukturwettbewerb und verfügen über weit entwickelte Zugangsregelungen, zum Beispiel Bitstromzugang.

Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/69848>

13.2.2006

European eLearning Award verliehen

Mit dem Projekt „POLIZEI-ONLINE“ hat die Landespolizei Baden-Württemberg den ersten Preis beim European eLearning-Award 2006 im Bereich „Öffentliche Verwaltung und Weiterbildungseinrichtungen“ gewonnen. Dabei teilt sich die Polizei den Preis mit dem Institut für Physische Geographie der Universität Freiburg.

Quelle: Form Solutions

Weitere Informationen: <http://www.polizei-bw.de/p-online/eurelea/eurelea.php>

<http://www.polizei-online.bwl.de/>

24.1.2006

Bund für Portal

Die Schweiz hat seit Anfang 2006 eine erweiterte offizielle Website. Bei dem Relaunch wurden die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen stärker berücksichtigt. Anfang 2006 wurde www.ch.ch als offizielles nationales Portal der Schweiz relaunched. Die Website wurde um ein gesamtschweizerisches Behördenverzeichnis und die Rubrik „Über die Schweiz“ erweitert und bietet ab sofort auch Angebote für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Behörden. Außerdem hat der Schweizer Bundesrat die Bundeskanzlei beauftragt, mit den Kantonen einen neuen Kooperationsvertrag für den Betrieb des Portals abzuschließen. Die bestehende Vereinbarung, die 23 der 26 Kantone Ende 2004 unterzeichnet haben, läuft Ende 2006 aus. Laut Schweizer Bundeskanzlei wird das Landesportal jetzt dem Anspruch gerecht, zielgruppen- und bedürfnisorientiert zu sein.

Quelle: www.kommune21.de/meldung.php?id=5180n

6. Veranstaltungsübersicht

31.5. – 1.6.2006

MEMO 2006 – Methoden und Werkzeuge zur Verwaltungsmodernisierung

Das Informationsbüro d-NRW veranstaltet gemeinsam mit ERCIS/Universität Münster eine Tagung, die auf die verstärkte Nachfrage aus der Verwaltungspraxis nach methodisch fundierten und vor allem auch praktisch anwendbaren Werkzeugen reagiert. Den Teilnehmern wird neben Vorträgen und Diskussionsrunden auch eine zentrale Messeveranstaltung geboten, auf der sich Firmen präsentieren.

Weitere Informationen unter: www.memo2006.de/

25. – 26.4.2006

9. Deutscher Verwaltungskongress, Effizienter Staat: „Der Weg – Standards für Deutschland“, Berlin

Der 9. Deutsche Verwaltungskongress widmet sich dem Schwerpunktthema „Standardisierung“ und wird durch ein qualifiziertes Plenumprogramm sowie zahlreiche hochinformativ Fachforen, auf die Gelegenheit besteht, die konkreten Aspekte aktueller und zukünftiger Standardisierungsprozesse zu beleuchten unterstützt. Im Rahmen des Kongresses wird der „Innovationspreis Public Private Partnership 2006“ verliehen.

Weitere Informationen unter: www.effizienter-staat.de

29.3.2006

Prozessintegration konkret – Sichere Infrastrukturen für kooperatives eGovernment, Bochum

In Kooperation mit dem Fraunhofer FOKUS eGovernment-Labor veranstaltet das Institut für anwendungsorientierte kommunale Software (Ifaks) ein Seminar zu Fragen der Anforderungen an sichere Infrastrukturen für kooperatives eGovernment in Bochum.

Weitere Informationen unter: www.ifaks.de

9.– 15.3.2006

Informationsbüro d-NRW auf der CeBIT 2006

Sie sind herzlich eingeladen, das Informationsbüro d-NRW während der CeBIT 2006 vom 9.– 15.3.2006 in Hannover zu besuchen. Sie finden uns im Public Sector Parc (Halle 9) auf dem Gemeinschaftsstand des Landes NRW (Standfläche D25). Wir freuen uns auf Ihren Besuch – gerne vereinbaren wir mit Ihnen einen Termin für ein persönliches Gespräch.

Rufen Sie uns einfach an: +49 234 43870-329

Ihre Ansprechpartnerin ist Melanie Böhm.

Weitere Informationen zum Gemeinschaftsstand des Landes NRW finden Sie unter www.cebit.nrw.de.



7. Ausblick Newsletter 3/2006

In der nächsten Ausgabe beschäftigt sich der Gastbeitrag mit dem Thema „Hilfen bei Gründungsformalitäten“ und bezieht sich somit auf Aspekte der wirtschaftsfreundlichen Verwaltung.

→ Ihr Feedback ist uns wichtig

Haben Sie Anregungen, Ideen, Themenwünsche oder Kritik zu unserem Newsletter, dann lassen Sie es uns auf jeden Fall wissen.

Gerne nehmen wir ihr Feedback entgegen und versuchen es bei der nächsten Veröffentlichung zu berücksichtigen.

Ein Feedbackformular finden Sie unter: www.informationsbuero.d-nrw.de/index.php?id=465

Hinweise, Impressum, Kontakt:

Dies ist der kostenlose Newsletter des Informationsbüro d-NRW.

Zum An- und Abmelden benutzen Sie bitte die entsprechenden Formulare unter www.egovernmentplattform.de oder www.informationsbuero.d-nrw.de

Impressum:

www.egovernmentplattform.de/index.php?id=31

Kontakt:

Informationsbüro d-NRW

Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG

Lise-Meitner-Allee 4

44801 Bochum

Fon: +49 234 43870-329

Fax: +49 234 43870-335

E-Mail: infobuero@d-nrw.de

Internet: www.egovernmentplattform.de

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen geben lediglich den Kenntnisstand vom Informationsbüro d-NRW zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Newsletters wieder.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Informationen aufgrund der unregelmäßigen Erscheinungsperiode nicht mehr aktuell sein können.

Förderung und Unterstützung durch: Europäische Union, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Land NRW

In Kooperation mit: European Society for eGovernment e.V.



Europäische Union und
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung



EINE INITIATIVE DER
PROJEKT R U H R



European Society for
eGovernment e.V.